

Wiedersehen im „Big Apple“

Zehn Jahre Millenniums-Entwicklungsziele: Die Welt zieht Bilanz.

Ben Toussaint

Pünktlich zur Jahrtausendwende einigten sich 189 Staats- und Regierungschefs in New York auf gemeinsame humanistische Grundwerte und hielten diese in der Millenniumserklärung fest. Der Anbruch des neuen Jahrtausends sollte eine Ära des globalen Zusammenhaltes und Wohlstandes einleiten. Der anfängliche Enthusiasmus ist in dem Text auch deutlich zu spüren. Aus der Millenniumserklärung heraus entstand ein Katalog von acht Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs¹). Sie sollten der globalen Partnerschaft neuen Aufschwung verleihen und die globale Entwicklungszusammenarbeit koordinieren und umsetzen helfen. Stichdatum für die Erfüllung der Ziele ist das Jahr 2015.

Vom 20. bis 22. September 2010 traf sich die Welt erneut im UN-Hauptquartier in New York. Auf dem Programm stand die Zweidrittelbewertung der Millenniumsziele. Basierend auf der Bilanz der vergangenen 10 Jahre Entwicklungszusammenarbeit wollte die „Weltgemeinschaft“ die kommenden fünf Jahre so nutzen, dass die Ziele bis 2015 doch noch zu erreichen seien. Der „offizielle“ Teil des Ereignisses bestand aus sechs Vollversammlungen und sechs thematischen Rundgesprächssitzungen. An diesen Veranstaltungen nahmen rund 140 Staats- und Regierungschefs, weitere Regierungsvertreter sowie hochrangige Beamte aus zwischenstaatlichen Institutionen teil.

Neben den „offiziellen“ Ereignissen fanden noch 80 Begleitveranstaltungen statt, organisiert von Regierungen, UN-Agenturen, NGOs, Stiftungen und Organisationen aus dem Privatsektor. Das Resultat der dreitägigen Gipfelgespräche sind eine Fülle von großen Reden, Versprechungen von sektorspezifischen Entwicklungsgeldern und eine von allen UN-Mit-

gliedsstaaten unterschriebene Absichtserklärung mit dem überaus optimistischen Titel: „Die Versprechen halten – Zusammen die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen?“.

Die Stimmung am Gipfel

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der US-amerikanische Starökonom Jeffrey Sachs waren sich einig: „Die Welt kann nicht alle acht Ziele erreichen“. Marie-Josée Jacobs, luxemburgische Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, wies in ihrer Rede vor dem Plenum der UN-Generalversammlung am 21. September darauf hin, dass es kontraproduktiv sein könnte, wenn man laut sage, die MDGs seien nicht zu erreichen. Gleichzeitig aber gab sie zu bedenken, dass eine bessere Welt nur sehr langsam entstehe und die Entwicklungsziele sehr ehrgeizig seien. Sie hütete sich also davor klar Stellung zu beziehen, zwischen den Zeilen ist aber zu lesen, dass man die Erwartungen nicht zu hoch stecken sollte. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen für ihren Teil, halten das Erreichen der Ziele nicht per se für unrealisierbar, sondern zweifeln am nötigen politischen Willen.

Alleine die UNO gab und gibt sich bedingungslos zuversichtlich. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon stellte bereits im Vorfeld des Gipfeltreffens klar, dass die Millenniums-Entwicklungsziele zu bedeutend zum Scheitern seien und deren Verwirklichung durchaus noch in Reichweite liege, vorausgesetzt man stecke die nötigen Bemühungen in ihre Umsetzung. Seine Schlussrede am 22. September begann

Ben Toussaint ist Mitglied von Plaidons Responsable bei Caritas Luxemburg.

er mit der Aussage: „Das Gipfeltreffen hat einen soliden Grundstein gelegt für den Fortschritt, den wir benötigen, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum international festgelegten Stichtag 2015 zu erreichen.“ Ban Ki Moons teilweise krampfhafter UN-Optimismus lässt sich durch die Wichtigkeit eines Erfolges beim Gipfeltreffen für die Vereinten Nationen erklären. Je öfter Staaten auf der UN-Tribüne Versprechen eingehen, an die sie sich nicht halten, desto stärker werden die Vereinten Nationen in die Kritik geraten und an Glaubwürdigkeit einbüßen. Letztendlich aber bestimmen die Staaten die UN-Agenda. Sie sind es, welche die UN-Absichtserklärung unterzeichnet und entscheidend geprägt haben. Bei näherem Betrachten dieses Textes stellt man fest, dass die verwendete Rhetorik gegenüber der Millenniumserklärung an Kampfgeist klar eingebüßt hat. War vor zehn Jahren noch die Rede davon „keine Mühen zu sparen“, um an die Entwicklungsziele zu gelangen, drückt man heute „tiefe Betroffenheit“ darüber aus, dass die Anzahl der in Armut und Hunger Lebenden die Milliarde überschritten hat.

Im Zeichen der Wirtschaftskrise

Die Zivilgesellschaft zeigt sich nach dem Gipfeltreffen enttäuscht, aber nicht überrascht. Grund dafür war zum einen die Endfassung der Absichtserklärung, die bereits am 9. September, also 12 Tage vor Gipfelbeginn, fest stand, zum anderen finden solche Gipfeltreffen nicht in einem Vakuum statt, sondern sind fest in einem krisengeprägten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmen verankert. Man konnte die Temperatur also auch bereits vor dem Treffen fühlen.

Nicolas Sarkozy appellierte in seiner Rede auf dem Gipfeltreffen an die Staatengemeinschaft, die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise nicht als Vorwand zu missbrauchen, um die Entwicklungspolitik zu vernachlässigen. Die Fakten deuten allerdings darauf hin, dass die weltweite Krise längst einen negativen Impakt auf die Entwicklungszusammenarbeit gehabt hat. Zwischen 2008 – dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise – und 2009 sind die weltweiten öffentlichen Entwicklungsgelder um fast 3 Milliarden US\$ gesunken. Es leiden seit 2008 zusätzliche 105 Millionen Menschen an Hunger, während die Europäische Kommission zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 223 neue Fälle von handelsbeschränkenden Maßnahmen zählt. Diese protektionistischen Maßnahmen sollen die europäischen Produkte schützen, indem den Produkten aus dem EU-Ausland der Zugang zum europäischen Markt erschwert wird. In gemeinsamen Verhandlungen hingegen verlangen die EU-Staaten von den AKP-Ländern (Afrika-, Karibik-, Pazifikstaaten) die entge-



engesetzte Strategie, sie sollen ihre Märkte für europäische Produkte öffnen. Es ist äußerst fragwürdig, wie die schwächsten Volkswirtschaften ihre Bevölkerung besser ernähren sollen, indem sie ihre Märkte noch weiter öffnen. Die Zeiten haben sich seit 2000 verschärft und so war es schon im Vorfeld zu bezweifeln, dass beim „MDG Summit“ die Kehrtwende gelingen würde.

Gipfeltreffen mit Symbolcharakter

Trotz oder vielleicht auch gerade wegen der zweifelhaften Rahmenbedingungen waren am Gipfeltreffen viele Staatsoberhäupter präsent, um der Entwicklungsthematik dadurch einen gewissen Stellenwert einzuräumen. Weder Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, noch US-Präsident Barack Obama versäumten den Termin. Aus luxemburgischer Sicht allerdings ist die Abwesenheit von Premierminister Jean-Claude Juncker oder Vize-Premierminister Jean Asselborn zu bedauern. Setzt man die 119,6 Milliarden US\$ öffentliche Entwicklungsgelder, die 2009 weltweit aufgebracht wurden, in Relation zu den 1 531 Milliarden US\$, die 2009 den weltweiten Verteidigungsetat ausmachten, und den 14 000 Milliarden US\$, die seit 2008 weltweit in die Rettung der Banken gesteckt wurden, dann stellt man fest, dass der hohe politische Stellenwert, welcher der Entwicklungszusammenarbeit zukommt, bloß einen symbolischen Charakter hat.

Status quo

Positiv zu beurteilen war die allgemeine Einsicht aller Gipfelteilnehmer, dass ein grundlegender Wechsel unumgänglich ist, falls die Ziele noch rechtzeitig erreicht werden sollen. In Obamas Worten ausge-

Zwischen 2008 – dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise – und 2009 sind die weltweiten öffentlichen Entwicklungsgelder um fast 3 Milliarden US\$ gesunken.

Will man die weltweite Armut effektiv bekämpfen, dann müssen die Spielregeln verändert werden.

drückt: „... der Fortschritt erfolgt nicht annähernd schnell genug ... wenn die internationale Staatengemeinschaft einfach so weiter macht wie bisher, werden wir viele Entwicklungsziele verfehlen ... bei nur weiteren fünf vor uns liegenden Jahren, müssen wir es besser machen.“ Die UN-Absichtserklärung aber lässt keine grundlegenden Veränderungen in Entwicklungsstrategien erkennen. Will man die weltweite Armut effektiv bekämpfen, dann müssen die Spielregeln verändert werden, die alltäglich dafür sorgen, dass die Armen arm und die Reichen reich bleiben. Eine Forderung der Zivilgesellschaft besteht daher darin, auf einen menschenrechtsbezogenen Entwicklungsansatz umzusteigen. Beim Menschenrechtsansatz wird der Fokus gezielter auf das Machtgefüge gelenkt, welches dem globalen politischen und wirtschaftlichen System zugrunde liegt. ‚Schnelle Lösungen‘ zur Zufriedenstellung von kurzfristigen Entwicklungsbedürfnissen sollen durch die Errichtung von dauerhaften systemischen Sicherheits-, Kontroll- und Beteiligungsmechanismen ersetzt werden. In dem Dokument der UNO werden die Menschenrechte zwar erwähnt, wie sie aber konstruktiv in den Entwicklungsprozess integriert werden sollen, bleibt ungeklärt.

Beim Gipfeltreffen entschieden sich die Regierungen für politisch leichtverdauliche ‚schnelle Lösungen‘. Am bestehenden Status quo wird nicht gerüttelt. Wohl werden z. T. Staatsschulden von hochverschuldeten Entwicklungsländern herabgesetzt, aber an dem internationalen Finanzsystem, das diese Länder in die Verschuldungsspirale getrieben hat, wird nichts geändert. Somit schützt nichts diese Staaten davor, sich in wenigen Jahren in der gleichen desaströsen finanziellen Situation wiederzufinden. Ein weiteres Beispiel für solch ‚schnelle Lösungen‘ sind neue Finanzspritzen für agrarwirtschaftliche Fonds; effektiver wäre ein Stopp von Exportsubventionen für europäische Landwirtschaftsprodukte, da diese im Verhältnis nicht konkurrenzfähige lokale Produktionen in Entwicklungsländern und damit die gesamte Struktur der betroffenen Agrarwirtschaften dauerhaft schädigen.

Bei seiner Abschlussrede verkündete Ban Ki Moon als größten Erfolg des Gipfeltreffens die Einführung einer verbesserten globalen Strategie für Mütter- und Kindergesundheit. Rund 40 Milliarden US\$ sollen innerhalb der fünf kommenden Jahre dafür zur Verfügung stehen. Die NGOs befürchten, dass die versprochenen Gelder anderen Entwicklungsbereichen entzogen werden, welche die Finanzmittel genauso dringend benötigen. Frankreich will über eine Milliarde Euro für den Kampf gegen Krankheiten wie Aids und Malaria ausgeben. Die EU-Kommis-

sion ihrerseits gibt an, eine Milliarde Euro in das Erreichen der Entwicklungsziele stecken zu wollen. Die UN-Absichtserklärung bekräftigt außerdem das 40 Jahre alte und bisher nicht erfüllte Versprechen der Industriestaaten, bis 2015 0,7 % ihres Brutto-sozialproduktes an Entwicklungsgeldern aufzubringen. Das ist erst mal durchaus lobenswert, denn im Kampf gegen die Armut spielt Geld zweifelsohne eine entscheidende Rolle. Aber auch wenn die 0,7 % bis 2015 erreicht werden sollten, wird es sich bei Entwicklungsgeldern immer um reine Oberflächenkosmetik handeln. Die tiefgreifenden strukturellen Defizite der bestehenden globalen Wirtschafts- und Sozialordnung werden dabei nicht konsequent in Angriff genommen. Die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen fordern eine kohärente Gesamtpolitik für Entwicklung, dabei ist nicht primär von Interesse was mit den 0,7 % passiert, sondern wie die Industrienationen mit den verbleibenden 99,3 % wirtschaften.

Visionen ohne Verwirklichung

Nicht nur mangelt es an systemischer Veränderungsbereitschaft, sondern auch an konsequenter Umsetzung. Bis heute erfolgte aus dem MDG-Zielkatalog kein konkreter Maßnahmenkatalog, der festlegt, wie die ehrgeizigen Ziele zu erreichen sind. Zwar enthält die am jüngsten Gipfeltreffen unterschriebene Absichtserklärung einen Aktionsplan, der aber wird seinem Namen nicht gerecht. Er unterstreicht die Unerlässlichkeit von tiefgreifenden Veränderungen und ruft zu konkreten Maßnahmen auf, zu deren Aufstellung verweist er allerdings auf andere Gremien. Er enthält selbst weder handfeste Angaben über neue Strategien, noch über zusätzliche Finanzmittel für Entwicklung oder ein gerechteres internationales Wirtschaftssystem. Paragraph 41 der Absichtserklärung fordert alle Länder dazu auf, Strategien zu entwickeln und umzusetzen, welche mit sozialem, gerecht verteiltem Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung vereinbar sind. Wie entsprechende Strategien im Detail aussehen könnten, welche Kriterien sie erfüllen sollten oder mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden könnten, bleibt unklar.

Jeder für sich

Die Regierungen sind beim Gipfeltreffen auch keine neuen, nach internationalem Recht verbindlichen Verpflichtungen eingegangen. Genau so wenig wurden verbesserte Kontrollmechanismen zur Überprüfung eventueller MDG-Fortschritte oder neue zivilgesellschaftliche Beteiligungsmechanismen vorgestellt. Die von der Zivilgesellschaft dringend geforderte Transparenz fand also kaum Beachtung.

Bedauerlicherweise tendieren die Regierungen dazu, die Verantwortung auf andere zu schieben. So betonte Marie-Josée Jacobs in ihrer Rede, dass der Erfolg von Entwicklungshilfe nicht alleine von dem überwiesenen Geld abhängt. Sie zieht daraus aber nicht die Schlussfolgerung, dass strukturelle Wechsel nötig sind, sondern führt ihren Gedankengang damit zu Ende darauf hinzuweisen, dass die Regierungen der armen Länder zunächst selbst die Verantwortung für ihre Menschen tragen und deswegen verstärkt gegen Korruption und Verschwendung in ihrem Land vorgehen müssen. Die Regierungen der Entwicklungsländer ihrerseits tendieren dazu, die Bedeutung von Finanzmitteln für Entwicklung besonders hervorzuheben. Bezeichnenderweise argumentiert Bingu wa Mutharika, Präsident der malawischen Republik und Vorsitzender der Afrikanischen Union, in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung, dass es beim MDG-Prozess hauptsächlich an Entwicklungsangeboten, zum Beispiel in Form von Krankenzentren oder Schulen, fehlt. Für solche Angebote mangle es aber bisher an den nötigen finanziellen Mitteln.

Beim Gipfeltreffen in New York offenbarten sich, am Beispiel der UNO, erneut die Grenzen einer zwischenstaatlichen Institution. Das ungleiche Machtgefüge, das zwischen ökonomisch stärkeren und schwächeren Staaten besteht, scheint bei UN-Verhandlungen immer wieder durch, und so begnügte man sich auch beim jüngsten Gipfeltreffen wieder mit dem Status quo. Es fehlt der Weltgemeinschaft nach wie vor am politischen Willen, vereint gegen die gemeinsamen Gefahren vorzugehen. Sie akzeptiert zwar in der Theorie, dass sich die globalen Probleme nur gemeinsam lösen lassen, greift aber immer wieder auf die von Eigeninteressen geprägten, altbewährten Handelsmuster zurück. Konkrete, verpflichtende und überprüfbare Wegvorgaben sind unverzichtbar, wenn die gewünschten Zielen bis 2015 erreicht werden sollen. Schöne Worte alleine werden nicht zum Ziel führen, oder wie es sprichwörtlich heißt: „Visionen ohne Verwirklichung sind Halluzinationen.“ ♦

1 Aus dem Englischen « Millennium Development Goals ».

2 Aus dem Englischen « Keeping the Promise – United to Achieve the Millennium Development Goals ».

transform! Luxembourg

« Les retraites : un enjeu de société »

transform! Luxembourg organisera le samedi 13 novembre 2010 un séminaire intitulé « Les retraites : un enjeu de société ». Alors que le débat actuel sur les retraites au Luxembourg a tendance à se focaliser sur des enjeux techniques, il s'agit en réalité d'un débat aux implications sociales et politiques majeures, qui concerne des choix de société fondamentaux. Le séminaire mettra ainsi l'accent sur des dimensions peu éclairées du débat sur les retraites : la problématique des choix de distribution des richesses produites, les limites de certains chiffres servant de données de cadrage au débat sur les retraites, le Fonds de compensation, ainsi que le thème des conditions de travail.

Samedi 13 novembre 2010
Casino syndical à Bonnevoie
9 h - 13 h

André Hoffmann (député, professeur de philosophie e. r.) – *Les retraites : un enjeu de société*

Paul Zahlen (historien) – *Les salaires : coût salarial et partage de la valeur ajoutée*

Jean Langers (économiste et démographe) – *Analyse critique des projections économiques et démographiques à long terme*

Sylvain Hoffmann (économiste, directeur adjoint de la Chambre des salariés) – *Les retraites comme enjeu de redistribution des richesses produites*

Raymond Klein (journaliste) – *Le Fonds de compensation. Principe de la capitalisation, usages de la réserve du régime de retraite et enjeux éthiques.*

Jean-Claude Bernardini (syndicaliste OGBL) – *Conventions collectives du travail et modèles de passage progressif en retraite*

Michel Pletschette (médecin) – *Vieillesse et santé, coûts sociaux et prise en charge. Considérations générales et particulières sur l'impact des conditions de travail.*